Kreisparteitag der SPD Rendsburg Eckernförde am 17. November 2012 in Rendsburg

Antrag KWP 2: Öffentlicher Personennahverkehr der Zukunft im Kreis Rendsburg-Eckernförde: Leistungsstark, Kunden- und klimafreundlich und bezahlbar!

Antragsteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Die Bedeutung des ÖPNV wächst

Mobilität für alle zu ermöglichen ist eine der wichtigsten Voraussetzung zur Fortentwicklung unserer Gesellschaft: Die Erreichbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsstellen, von wichtigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge (z.B. sozial- und Gesundheitseinrichtungen), von Kultur- und Freizeiteinrichtungen muss auch in ländlichen Regionen und vor dem Hintergrund der Auswirkungen des demographischen Wandels sichergestellt sein. Gerade in einem Flächenkreis wie Rendsburg-Eckernförde wird auch in Zukunft der Individualverkehr (PKW-Nutzung) zur Mobilität beitragen. Die Kosten des Individualverkehrs steigen aber sowohl für den einzelnen (steigende Benzinpreise) als auch für unsere Gesellschaft (CO_2-Ausstoss). Daher muss der Öffentliche Personen Nahverkehr in der Zukunft eine herausragende Rolle spielen, um die Mobilität sicherzustellen. Der ÖPNV:

- sichert Personengruppen, die sich aus finanziellen Gründen das Auto nicht leisten können, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben;
- ermöglicht jungen Menschen Mobilität, aber auch der wachsenden Zahl älterer Menschen;
- ist in den meisten Fällen die umweltverträglichste Art der Mobilität. Einsparpotentiale und Reduzierung von CO2-Ausstoss hängen aber von der Frequentierung des jeweiligen Angebotes ab;
- ist im Vergleich zum Individualverkehr sicherer. Unfälle sind seltener und damit verringern sich auch die damit zusammenhängenden sozialen und finanziellen Folgen.

Ein gutes ÖPNV-Angebot ist ein immer wichtiger werdender Standortvorteil für unseren Kreis.

2. Die Herausforderungen der Zukunft

Der ÖPNV steht vor dem Hintergrund des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen:

- Er ist übermäßig auf die Schülerbeförderung ausgerichtet. Bei zurückgehenden Schülerzahlen und um den ÖPNV insgesamt attraktiver zu machen, wird hier eine Umsteuerung nötig sein.
- Der demografische Wandel führt insgesamt zu zurückgehenden

Bevölkerungszahlen bei einem Anstieg älterer Menschen, die auf einen leistungsstärkeren ÖPNV angewiesen sind. Gleichzeitig werden die Wege zu Versorgungseinrichtun-
gen (Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung) im ländlichen Raum möglicherweise länger.

- Die wachsende Kundengruppe der älteren Menschen stellt besondere Anforderungen an den ÖPNV. Nicht nur im Hinblick auf die Infrastruktur (Barrierefreiheit und Zugänglichkeit), sondern auch mit Blick auf Kommunikation, Fahrscheinkauf und individuellen Service.
- Der ÖPNV der Zukunft muss finanzierbar sein: für die Nutzer und für die kommunalen Gebietskörperschaften als Aufgabenträger. Dazu muss ein attraktives miteinander vernetztes und vertaktes ÖPNV-Angebot entwickelt werden, auch über die Kreisgrenzen hinweg. Kreisgrenzen dürfen keine Verkehrsgrenzen sein.

Der Bund und insbesondere die Länder sind weiterhin gefordert, einen verlässlichen rechtlichen und finanziellen Rahmen bereitzustellen, der vielfältige Mobilität im ländlichen Raum und einen besseren öffentlichen Nahverkehr ermöglicht.

3. Stärkere Vernetzung, Vertaktung und Einsatz intelligenter Verkehrssysteme als Antwort

Basis des ÖPNV in der Region bleiben die Linienverkehre von Bus und Bahn. Dieses Angebot der regionalen Verkehrsträger im ÖPNV muss optimal vernetzt und vertaktet werden, um einerseits Kosten zu minimieren und andererseits ein bestmögliches Angebot zu ermöglichen. Wichtige zusätzliche Angebote sind sowohl Bedarfsverkehre, wie z.B. Rufbus, Taxi- und Mietwagen, Anrufsammeltaxis, Veranstaltungstaxis, als auch selbst organisierte Mobilität durch Nachbarschaftshilfe, wie z. B. Fahrgemeinschaften, Mitfahrgelegenheiten, Bürgerbus. Zur Organisation derartiger nachfrageorientierter Angebote ist eine Vernetzungsstrategie erforderlich, die Linienverkehre im vertakteten Netz, verschiedene Angebote von Bedarfsverkehren bis hin zu allen Formen „Selbstorganisierter Mobilität“ in regionalen Mobilitätszentralen als Kernorganisatoren eines vernetzten Verkehrsmanagements bündelt. Der Kreis hat daher eine besondere Verantwortung bei der Koordinierung der kreisweiten, aber auch überregionalen Verkehrsleistungen.

4. Vorschläge für einen zukunftsorientierten ÖPNV im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Um den ÖPNV im Kreis Rendsburg Eckernförde attraktiv, umwelt- und benutzerfreundlich aber auch finanzierbar zu gestalten, schlagen wir vor:

- Ausweitung des ÖPNV-Angebotes auf der Basis einer Analyse der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung sowie der Mobilitätsbedürfnisse im Kreis Rendsburg-Eckernförde (Erarbeitung eines neuen regionalen Nahverkehrsplanes). Ziel ist ein integrierter Taktverkehr im Kreisgebiet.
- Bessere Vernetzung und Vertaktung der ÖPNV-Angebote im Kreis (Bus + Bahn, aber auch Individualverkehr und ÖPNV, (Park + Ride, Bike + Ride – Angebote)
- Die Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung wird rückgängig gemacht.

Darüber hinaus wird eine „Jugendmonatskarte Plus“ angeboten, die gegen eine Gebühr zur Nutzung des gesamten ÖPNV/SPNV-Angebotes im Kreis Rendsburg-Eckernförde bzw. in den Nachbarkreisen berechtigt. Geprüft wird die Ergänzung um eine „Sozialkarte“.

- Förderung von Jobtickets z.B. für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung.
- Gespräche mit den regionalen Touristik und Veranstaltungsorganisationen im Kreis, um für Touristen und bei Veranstaltungen ein attraktives und kostenfreies ÖPNV-Angebot zu erstellen (z. B. in Verbindung mit der Kur- bzw. Eintrittskarte).
- Wiederaufnahme der Planungen für die SRB. Dabei besondere Berücksichtigung von zusätzlichen Haltepunkten und Vernetzung mit dem ÖPNV, um den Nutzen für unseren Kreis gegenüber den bisherigen Planungen weiter zu erhöhen.
- Prüfung der Kosten und mögliche Realisierung der Stadtbahn Rendsburg.
- Konsequentes Qualitätsmanagement des ÖPNV- Angebotes (Sicherheit, Attraktivität, Verlässlichkeit, Service und Beratung). Dies bezieht die Haltestellen mit ein (z.B. gute Fahrradabstellmöglichkeiten bei Bahnhöfen und zentralen Bushaltestellen).
- Eine einheitliche und durchschaubare Tarifgestaltung.
- Herstellung der vollen Barrierefreiheit im ÖPNV.
- Einrichtung eines kreisweiten ÖPNV-Beirates, der als Interessenvertreter und als Ansprechpartner für die Nutzer des ÖPNV zur Verfügung steht und das Qualitätsmanagement unterstützt.
- Die Sicherstellung eines attraktiven ÖPNVs ist auch eine Aufgabe der Gemeinden. Mit dem Aufbau einer regionalen Mobilitätszentrale RD-Eck wollen wir die Gemeinden bei der Optimierung ihres ÖPNV-Angebots unterstützen. Darüber hinaus ist die Mobilitätszentrale zentraler Ansprechpartner für alle ÖPNV-Fragen im Kreis.
- Einsatz von E-Bussen zur Steigerung der Klimafreundlichkeit des ÖPNV.
- Zur Mobilität zählt auch (vor allem in den Städten) der Radverkehr. Die Bedingungen für RadfahrerInnen sollen deshalb verbessert werden. Die ÖPNV-Angebote müssen die Anforderungen des Radtourismus berücksichtigen, z.B. Transportmöglichkeiten für Räder in Bussen und Bahnen.

5. Finanzierung

Im Kreis werden derzeit für den ÖPNV insgesamt ca. 12 Millionen € aufgewendet. (ÖPNV: 4,7 Mio € (Landesmittel) und Schülerbeförderung ca. 7,2 Mio €). Hinzu kommen Zuschüsse von den örtlichen Schulträgern und die von der CDU und FDP beschlossenen Elternbeiträge an den Schülerbeförderungskosten.

- Unser Ziel ist es, einen bedarfsgerechten ÖPNV zu finanzieren, zu dessen Aufgabe es auch gehört, Schülerinnen und Schüler zur Schule zu bringen.
  Wir werden die Kreismittel zur Sicherstellung des ÖPNV effizienter einsetzen und ggf. erhöhen. Wir werden die Schülerbeförderung in die kreisweite Ausschreibung des ÖPNVs einbeziehen. Der Wettbewerb der ÖPNV-Unternehmen darf nicht zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen. Lohndumping im ÖPNV lehnen wir ab.
- Ein verbessertes und erweitertes Angebot wird zu mehr Fahrgästen und damit auch zu vermehrten Einnahmen führen.
- Kosteneinsparungen durch intelligenten Einsatz von Angeboten und stärkere

Vernetzung.

- Wir werden die Aussagen im Landes-Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW zur Stärkung des ÖPNV für unseren Kreis nutzen und die Landesregierung bei ihren Aktivitäten unterstützen, auf Bundesebene die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel auf 2,5% zu erhöhen.
- Systematische Auswertung und Nutzung möglicher Bundes- und EU-Mittel für Modellprojekte eines klimafreundlichen ÖPNVs.

Begründung:

erfolgt mündlich